presse

SPD will mehr regionale Wertschöpfung und mehr Biomilch

***Wilhelm Priesmeier**, agrarpolitischer Sprecher;*
***Rita Hagl-Kehl**, stellvertretende agrarpolitische Sprecherin:*

Der Bundestag debattiert heute über die Milchviehhaltung in Deutschland. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, regionale Wertschöpfung zu stärken und die Chancen auf dem wachsenden Bio-Markt stärker zu nutzen.

„Unser Ziel ist eine flächendeckende Milchviehhaltung in Deutschland, die tiergerecht und nachhaltig ausgerichtet ist.

Wir wollen die regionale Wertschöpfung und den Biomilch-Markt stärken. Dafür müssen wir auch zusätzliche Mittel aus der zweiten Säule der EU-Agrarpolitik aufwenden. Erforderlich ist deshalb ab 2017 eine Umschichtung von 15 Prozent. Mit diesen Mitteln lassen sich auch Grünlandstandorte stärken. Denn Klimaschutz, der Erhalt der Grünlandregionen und Milchproduktion bilden eine Einheit. Wir wollen mehr Umstellungsbeihilfen für die Diversifikation und den Ausbau alternativer Betriebszweige.

Der stetig steigenden Nachfrage auf dem Biomilch-Markt muss Rechnung getragen werden. Bisher gibt es zu wenig Biomilchbauern in den Regionen in Deutschland. Nur 70 Prozent der Biomilch, die in Deutschland verkauft wird, stammt von Kühen aus Deutschland. Verbraucherinnen und Verbraucher wollen Bioprodukte aus der Region. Mehr Biomilch muss daher in Deutschland produziert werden, damit Deutschland seinen Selbstversorgungsgrad steigert. Die Landwirte in Deutschland sollten diese Chance nutzen.

Wir brauchen eine klare Herkunftsbezeichnung für Milch. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen erkennen, wo ihre Milch herkommt und wie sie produziert wurde. Wir stehen zum Milchquotenausstieg, der zum 1. April 2015 vollzogen wurde. Denn das bisherige Mengensteuerungsinstrument hat weder dazu geführt die Milchauszahlungspreise zu stabilisieren noch den Strukturwandel der

Milchviehhaltung in Deutschland und Europa aufzuhalten. Wir gehen davon aus, dass die Milchauszahlungspreise in Zukunft stärker schwanken werden. Bei jedem Preistief nach staatlicher Intervention zu rufen, ist wenig hilfreich.

In der aktuellen Situation setzen wir uns dafür ein, dass die Landwirte schnell und unkompliziert mit Bürgschaftsprogrammen unterstützt werden.“